

„Es gibt kein Zurück“

Noch in diesem Jahrzehnt sollen die Europäer mit Ecu zahlen. Wenn die Währungsunion Wirklichkeit wird, müssen die Deutschen von der D-Mark Abschied nehmen.

Die EG-Regierungen schreiben auf dem Gipfel in Maastricht den Währungs-Fahrplan fest. Werden Stabilität und Wohlstand der europäischen Idee geopfert?

Die Vorbereitungen laufen seit drei Jahren. Seit zwei Jahren steht fest, was seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft selbstverständliches Fernziel war: Europa wird sich eine einheitliche Währung zulegen. Seit einem Jahr bereitet eine Regierungskonferenz die Abschaffung der nationalen Währungen in der Europäischen Gemeinschaft vor.

In England kippte Margret Thatcher, und das politische Schicksal ihres Nachfolgers John Major hängt nicht zuletzt am europäischen Währungsthema. In Frankreich, Italien und Spanien wird in Parlamenten und Medien seit langem über eine Europa-Währung und die Folgen gestritten.

Nur am Rhein – auf deutscher Seite – blieb es verdächtig ruhig. Verwundert registrierten die EG-Partner, daß sich die Deutschen offenbar ohne Murren ihr liebstes Kind entführen lassen. Deutsche ohne D-Mark? In der Bundesrepublik, so schien es, kein Problem.

Noch vor 14 Tagen war offenbar selbst dem Bundeskanzler nicht so recht klar, was er tut. Vor dem Bundestag pries Helmut Kohl die Deutsche Mark und warnte die Gewerkschaften davor, mit zu hohen Lohnforderungen die Stabilität zu gefährden.

Das Ansehen der Republik, die Stellung Deutschlands in der Welt, all das könnten die Deutschen vergessen, wenn es die stabile Mark nicht gäbe. Für den Kanzler ist die D-Mark „der Schatz unseres Landes“.

Kohl hatte offensichtlich verdrängt, daß er nur ein paar Tage später, am Anfang dieser Woche, höchstpersönlich auf dem Gipfel im holländischen Maastricht zusammen mit den anderen Regierungschefs der zwölf EG-Staaten das Ende der nationalen Währungen beschließen will.

Erst vergangene Woche schließlich ging auch den Bonnern auf, mit welchem gefährlichem Stoff sie hantierten. Was sie bislang als „Thema des Jahrzehnts“



Wohlstand in Deutschland*: Die Mark ist Inbegriff des Aufschwungs

* Einkaufspassage in Hamburg.



Geldumtausch vor der Währungsreform 1948: Drastischer Schnitt

(Kohl) eher nebenbei behandelten, wird ihnen nun als Frage von Sein oder Nicht-Sein der Deutschen auf die Tagesordnung gesetzt.

„Kohl will D-Mark abschaffen“, hieß die Schlagzeile im *Köln Express*. „Unser schönes Geld“, jammerte die *Bild-Zeitung* stellvertretend für alle, die gar nicht genau wissen, worum es eigentlich geht. „In tiefer Sorge um die Mark“ warnte Kommentator Herbert Kremp die Deutschen, aus der Hand zu geben, „was sie stark gemacht hat“. Ausgerechnet die stabilste der Währungen in Europa werde jetzt „aufgeweicht und kaputtgemacht“, klagte der *Rheinische Merkur*.

Nicht nur konservativen Kommentatoren fiel plötzlich die Dramatik des europäischen Einigungsprozesses unangenehm auf. Auch vielen Ökonomen wurde mit einem Mal, da Ernst zu werden drohte, was lange klar war, angst und bang.

Früher hätte ein starker und prinzipientreuer Wirtschaftsminister die D-Mark bewacht, trauerte Wilhelm Hankel, der einst unter Wirtschaftsminister Karl Schiller die Abteilung Geld und Kredit im Bonner Wirtschaftsministerium leitete. Jetzt aber sei niemand da, der den „Zugriff auf das Rheingold“ abwehre.

Schiller selbst, neben Ludwig Erhard der verdienstvollste Wirtschaftspraktiker der Bundesrepublik, hält den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, eine europäische Währungsunion anzusteuern. Gerade jetzt, angesichts der wirtschaftlichen Probleme in den neuen Bundesländern und in Osteuropa, sei

Deutschland in Gefahr, sich zu übernehmen. Schiller plädiert für Vertagung der Währungsunion (siehe Seite 130).

Ein Thema wie die Währungspolitik, das Normalbürger sonst nicht interessiert, ist nun auf einmal als Schlagzeile für *Bild* und Co geeignet. Erklärbar ist das nur mit dem Mythos Mark und den Ängsten vor der Inflation. Argumentiert wird, hervorragende Ökonomen ausgenommen, aus dem Bauch.

„Die D-Mark ist und bleibt das Symbol deutscher Stabilitätspolitik“, versprach Finanzminister Theo Waigel ver-

gangene Woche vor dem Parlament. Die Betonung lag auf deutsch. Der Glaube lebt.

Ein Symbol ist die Mark in der Tat – und mehr als das. Sie ist der Inbegriff des Wirtschaftsaufschwungs nach dem Kriege, sie ist eine Chiffre für deutsche Wirtschaftspolitik und deutschen Wohlstand, sie verkörpert Tugenden wie Fleiß und Sparsamkeit. Die Mark ist deutsch und für manchen sogar Deutschland.

Doch kann sie das wirklich bleiben? Der Bundeskanzler hat sich allzu deutlich festgelegt: Er will in Maastricht zumindest Einigkeit über das Ziel und die Stufen dahin.

So sollen also auch die Deutschen, wenn alles nach Bonner Vorstellungen läuft, tatsächlich in wenigen Jahren ihre Weihnachtseinkäufe mit Scheinen bezahlen, auf denen ein Wert in Ecu, der European Currency Unit, angegeben ist. Allenfalls eine Seite des neuen Geldes

wird dann noch an die gute alte Mark erinnern.

Der Adler der Deutschen, so beschlossen die Finanzminister vergangene Woche in Brüssel, dürfe erhalten bleiben, er wird genauso auf die Scheine gedruckt wie die Konterfeis der gekrönten Häupter in den Niederlanden oder in Großbritannien. „Der Kopf der Queen ist gerettet“, spottete ein Mitglied der britischen Delegation.

Kommt alles so, wie die Regierungschefs in Maastricht in ihrem 97-Seiten-Konvolut zur Wirtschafts- und Wäh-



„... nur noch wenige tausend Tage!“

tz. München

rungsunion diese Woche vertraglich fixieren wollen, dann können es sich auch die Engländer nicht leisten, auf Dauer als einzige außen vor zu bleiben. Die Briten wollen sich bis zuletzt den Ausstieg vorbehalten.

In Maastricht fahre der Zug langsam durch den Bahnhof, so sieht es der deutsche Kanzler, „und wer jetzt aufsteigen will, steigt auf“. Doch Helmut Kohl ist sich ganz sicher, daß in einigen Jahren alle im Zug sitzen werden: Die Geschichte habe eine ganz „klare Tendenz und eine ganz klare Entwicklung“ – nach Europa. „Es gibt kein Zurück“, sagt Kohl.

Dem gesetzmäßigen Ablauf von Geschichte, wie Historiker Kohl ihn sieht, soll in Maastricht mit handfesten Entscheidungen nachgeholfen werden.

Von 1994 an wird ein Europäisches Währungsinstitut die Einrichtung einer Europäischen Zentralbank vorbereiten. Bis Ende 1996 müssen die EG-Länder sich bemühen, vier Kriterien für die Teilnahme an der gemeinsamen Währung zu erfüllen. Nach diesem Plan

- ▷ muß die Inflationsrate nahe am Durchschnitt der drei besten EG-Länder liegen;
- ▷ soll das Etat-Defizit drei Prozent des Sozialprodukts nicht überschreiten und die Gesamtschuld des Staates

DER GROSSE GLEICHMACHER

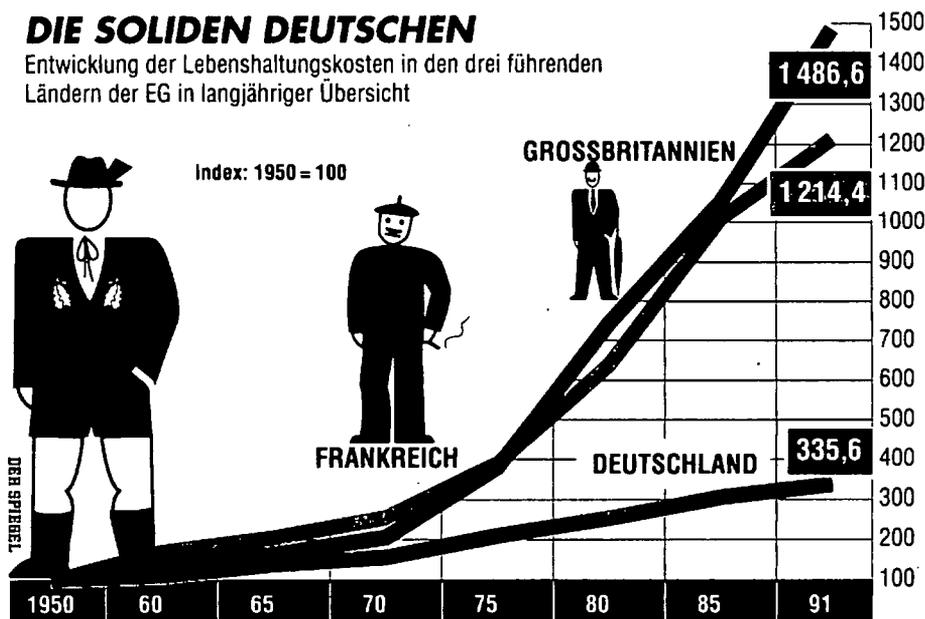
Gegenwert der europäischen Währungen zum Ecu

Großbritannien		0,71 Pfund
Irland		0,76 Irische Pfund
Bundesrepublik		2,04 DM
Niederlande		2,29 Gulden
Frankreich		6,96 Francs
Dänemark		7,92 Dän. Kronen
Belgien		41,96 Belg. Francs
Luxemburg		41,96 Lux. Francs
Spanien		130,40 Peseten
Portugal		180,42 Escudos
Griechenland		232,31 Drachmen
Italien		1539,73 Lire

DER SPIEGEL

DIE SOLIDEN DEUTSCHEN

Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den drei führenden Ländern der EG in langjähriger Übersicht



- ▷ höchstens 60 Prozent des Sozialprodukts ausmachen;
- ▷ muß die Währung sich zwei Jahre vor Eintritt ohne große Schwankungen gegenüber den anderen EG-Währungen behauptet haben;
- ▷ müssen die Zinssätze angeglichen sein.

In fünf Jahren dann, Ende 1996, wird Bilanz gezogen. Erfüllten mehr als die Hälfte der EG-Partner – nach jetzigem Mitgliedsstand mindestens sieben – die Voraussetzungen, dann wird die dritte Stufe der Währungsunion betreten.

Sind noch nicht sieben Partner bereit, so wird zwei Jahre später abermals geprüft. Dann allerdings bedarf es keiner qualifizierten Mehrheit mehr: 1998, dazu verpflichten sich die Regierungschefs, geht es mit denen los, die nach dem Prüfkatalog bestanden haben – auch wenn es nur zwei sein sollten.

Dieser Zeitplan, darauf hat besonders der deutsche Kanzler Wert gelegt, läßt nicht mehr zu, daß der Plan einer Währungsunion ganz fallengelassen wird. Kohl: „Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion muß irreversibel sein. Sonst kommt meine Unterschrift nicht unter diesen Vertrag.“

Was nach dem Tag X, an dem die D-Mark verschwindet, nun wirklich passieren wird, das erzeugt offenbar zunehmend Ängste und Alpträume. Nicht nur an Stammtischen, wo über das neue große Deutschland räsoniert wird, blicken die Bürger sorgenvoll in eine Zukunft mit dem Ecu.

Dabei wird in Wahrheit zunächst einmal nichts geschehen, jedenfalls nichts Spürbares. Zunächst einmal werden schlicht die Wechselkurse der Währungen für immer festgeschrieben. Das heißt: Ein deutscher Händler kann sich künftig darauf verlassen, daß er für die

Francs, die er einnimmt, immer denselben Mark-Betrag eintauschen kann.

Wie lange dieses Zwischenstadium mit nationalen Währungen und festen Wechselkursen dauern wird, darüber streiten die Ökonomen. Allein das Drucken des neuen Europa-Geldes wird Jahre dauern.

Aber irgendwann gegen Ende dieses Jahrzehnts soll es dann soweit sein: Franzosen und Deutsche, Spanier und Italiener halten einen Ecu-Schein in der Hand, gegen den die eigene Währung in einer bestimmten Relation aufgerechnet worden ist. Heute wären 100 Ecu 204 Mark wert (siehe Grafik).

Entsprechend dem neuen Maßstab würden dann alle Preise und Löhne umgestellt. Die Mark wäre weg, das schöne, harte Geld. Und was kommt dann?

Klar ist, daß die Staaten, die dann dabei sind, ihre Volkswirtschaften nach den beschlossenen vier Kriterien angeglichen haben sollten. „Ohne hinreichende vorherige wirtschaftliche Konvergenz“, sagt Bundesbank-Vize Hans Tietmeyer, „ist der Weg in die Währungsunion ein beträchtliches Risiko.“

So besonnen mahnen nicht alle. Mit der Aufgabe der Mark würden die Deutschen Europa ein „Opfer in einem Ausmaß bringen, das der breiten Öffentlichkeit noch gar nicht bewußt ist“, meint der Präsident der hessischen Landeszentralbank, Karl Thomas.

Warum aber bestehen dann ausgerechnet die Bonner Politiker darauf, das Rheingold, den deutschen Schatz, in Brüssel abzuliefern?

Im Unterschied zu den meisten anderen EG-Staaten, findet auch der holländische Zentralbanker André Szasz, „wird Deutschland bei der Gründung zur Wirtschafts- und Währungsunion

„Organisierte Schizophrenie“

Pressestimmen zum EG-Gipfel in Maastricht

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es hakt und hakt – aber die deutsche Politik hat sich vorgenommen, „Maastricht“ zur Erfolgsgeschichte zu machen. Die Währungsunion jetzt übers Knie zu brechen ist in hohem Maße riskant für die Wertbeständigkeit des europäischen Geldes. Warum ausgerechnet die Deutschen begierig darauf sind, ihre Währung loszuwerden, ist intelligenten Gesprächspartnern im Ausland nicht zu vermitteln. Was die Franzosen wollen, ist klar. Sie wollen sich des lästigen Stabilitätsankers der D-Mark entledigen. Die europäische – notfalls auch nur die deutsch-französische – Geldpolitik soll einem politischen Kungelprozess unterworfen werden, der die Stabilitätshegemonie der Deutschen Bundesbank beendet. Das ist alles. An weiteren Formen der Integration sind die Franzosen nicht interessiert, auch wenn der Kanzler etwas anderes glaubt. Es ist kein Wunder, daß die Engländer da nicht blind mitmachen wollen. Bevor es 1996 mit der demokratisierten Geldpolitik richtig losgeht, möchten sie sich noch einmal überlegen, ob sie da wirklich mitmachen wollen. Das ist der Sinn der Fluchtklausel, um die nun gerungen wird. Diese Klausel ist das Beste am ganzen Vertrag. Sie darf nicht nur den Engländern, sie muß allen Unterzeichnern zugestanden werden. Wenn der Geldverbund etwas taugt, dann braucht er die Flucht der Mitglieder nicht zu fürchten.

RHEINISCHER MERKUR

Sind wir bereit, die D-Mark schon in sechs Jahren aufzugeben? Ist es uns recht, wenn uns bald das beste Geld abgenommen wird, das Deutschland je hatte? Wenn wir statt dessen eine europäische Währungseinheit – eventuell „Ecu“ genannt – in unseren Geldbeuteln und Sparkonten wiederfinden? Um nichts anderes geht es auf dem EG-Gipfel im holländischen Maastricht am 9. und 10. Dezember.

Aber über diese Grundfrage, die jeden betrifft, hat in Deutschland keine öffentliche Debatte stattgefunden,

die dem Ernst des Themas angemessen wäre. Statt dessen stößt die Regierung rosarote Wolken aus, wie allgemein nützlich und auch notwendig die Weiterentwicklung der EG zu einer Politischen Union und zur Währungsunion sei. Oder sie warnt in düsteren Tönen vor einer „Katastrophe“, wenn die einmalige Chance in Maastricht ungenutzt verstreiche, denn diese Generation erhalte keine zweite mehr – so der Bundeskanzler.

Viele Befürworter der europäischen Integration stellen die bedrückte Frage: Warum nur haben wir uns auf diese Bahn begeben? Warum haben wir Europäer nicht die Weisheit und Vernunft besessen,

der großen Politik. Schade, daß es die Staatenlenker so selten fertigbringen, eine gute Sache ungestört heranreifen zu lassen. Also wird in Maastricht unreifes Obst gegessen, und davon werden wir Durchfall bekommen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der EG-Gipfel verwandelt sich zusehends in eine Hochebene, geeignet für lange Wanderungen geradeaus oder im Kreise. Man strebt nicht mehr zur schnellsten Vollendung, sondern zum Kompromiß, der nichts verdirbt. Nach einer Serie von ernüchternden

Vorgesprächen mit den europäischen Männerfreunden äußerte Bundeskanzler Kohl die definitiv-defensive Bedingung, daß die Annäherungen, die sich erzielen ließen, jedenfalls der „Grundtendenz“ des Einigungsprozesses nicht zuwiderlaufen dürften. Der Weg zu Wirtschafts-, Währungs- und Politischer Union müsse „irreversibel“ sein.

Die Schwierigkeiten, die zu dieser Abflachung des Gipfelprofils führen, sind bekannt. Die Kompetenzen des Europaparlaments bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Briten und Franzosen sind nicht bereit, Kernstücke der souveränen Gesetzgebung

abzugeben, wie die Deutschen sich das zumuten wollen. In der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zeichnet sich lediglich eine Agenda von Themen ab, über die von den Chefs „intergouvernemental“ in der Form und einstimmig im Modus befunden werden muß. Die Souveränität des Vetos bleibt erhalten. Gleiches gilt für die Innen- und Justizpolitik.

Nicht einmal ein gemeinsames Asylrecht wird Europa schützen. Die angestrebte Sicherheitsidentität bietet das Bild einer Durchhängebrücke zwischen Nato und EG. Föderal im Sinne der Präambel der neuen Verträge wäre nur die Währungsunion, für die Deutschland die Stabilität der Mark zu riskieren hätte. Kommissionspräsident Delors nennt solches Gesamtwerk „organisierte Schizophrenie“.



Frankfurter Rundschau

erst einmal die segensreiche Wirkung des gemeinsamen Binnenmarktes abzuwarten, der ja erst 1993 voll anläuft? Dann wäre zu beobachten gewesen, wie Europa durch friedliche Geschäfte, durch die freie Bewegung von Menschen, Gütern und Geld behutsam zusammenwächst. Auf ganz natürliche Weise wäre die EG der politischen Einheit und der Währungseinheit immer näher gekommen.

Die deutsche Vereinigung hätte Bonn im Westen auch anders absichern können als mit einer überstürzten Flucht in die europäische Union, und auch der nachgeschobene Grund der Jugoslawienkrise überzeugt nicht. Offenbar ist der unselbige Drang der Außenpolitiker nicht zu bremsen, Europa aus den Niederungen des Kommerzes hinaufzuführen in die erhabenen Bereiche

tatsächlich Souveränität abgeben, in dem Sinne, daß es auf seine dominierende Rolle in der europäischen Wirtschaftspolitik verzichtet“.

Tatsächlich hat sich das Nachkriegsdeutschland vor allem mit einer Währung im Kreis der europäischen Staaten hervorgetan, die stabiler blieb als alle anderen (siehe Grafik Seite 126). Eine unabhängige Zentralbank, dem Stabilitätsziel verpflichtet, konnte einer stetig wachsenden Produktion einen passenden Geldmantel anmessen.

Im Ausland ist die D-Mark hoch geschätzt. Besonders im Ostblock ist sie heiß begehrt. Sie wurde Teil des nationalen Selbstbewußtseins.

Das Europäische Währungssystem (EWS) stärkte die deutsche Stellung. Als der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und der deutsche Kanzler Helmut Schmidt 1979 im EWS einige der EG-Währungen zusammenschlossen, ahnten wohl beide nicht, welchen Machtzuwachs dies der Mark und der Bundesbank bringen würde.

Plötzlich waren Deutschlands Handelspartner gezwungen, ihr eigenes Geld an der stabilen deutschen Währung auszurichten. Höhere Geldentwertung bedeutete für sie entweder Abwertung gegenüber der Mark – ein politisch wenig geschätzter Akt – oder Verzicht auf Wettbewerbsfähigkeit, da die eigenen Produkte im Vergleich zur deutschen Konkurrenz zu teuer wurden.

Fast alle Länder, allen voran Frankreich, zogen die ökonomisch einzig richtige Konsequenz. Sie folgten der Bundesbank auf Schritt und Tritt. Das Vertrauen in die Mark stieg und stieg. Sie wurde als Reserve gehortet, Zinsbeschlüsse aus Frankfurt wurden fast automatisch europaweit nachvollzogen.

Doch die Macht der Mark brachte auch zunehmend politischen Verdruß. Besonders dem Selbstbewußtsein der empfindlichen Briten und Franzosen tat es nicht gut, sich nach der Politik der Deutschen ausrichten zu müssen.

„Die Rolle der D-Mark als Stabilitätsanker“, so urteilt Bundesbank-Vize Tietmeyer, „ist für einige unserer Partner offenkundig ein politisch-psychologisches Problem geworden.“

Die Stärke der D-Mark und die Angst der anderen vor der monetären Macht der Deutschen, das paßt genau ins Muster jener, die jetzt so tun, als ob die Deutschen ganz al-



Währungsexperte Köhler
„Mit Gürtel und Hosenträger“

lein gegen eine feindliche Umwelt alles erreichen könnten.

Stabilität und Wachstum in Deutschland jedoch waren vom ersten Nachkriegstag an nur denkbar durch Handel mit den Nachbarn. Rund 40 Prozent ihres Sozialprodukts verdanken die Westdeutschen dem Export, vor allem dem Handel innerhalb der EG. Wachstum der deutschen Wirtschaft ohne den europäischen Markt, die stabile deutsche Mark ohne das Geschäft mit den anderen war nicht möglich und wird in Zukunft erst recht nicht möglich sein.

„Wir können nicht wie auf der Insel der Glückseligen Stabilität und Wachstum allein in Deutschland erzeugen“, sagt Waigels Europa-Unterhändler Horst Köhler.

Gewiß, die Deutschen sind mit ihrer Mark – jenseits aller emotionalen Überhöhung – als Leit- und Ankerwährung in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftlich gut gefahren.

Aber wer Europa will, kann die einheitliche Währung nicht ablehnen, zumindest nicht auf Dauer. Furcht und Vorbehalte im Ausland gegen ein Deutschland, das vereint mit seinen 80 Millionen Einwohnern immer stärker wird, müßten zunehmen, wenn die Deutschen sich nun von Europa abwenden.

Natürlich will auch die Bundesregierung die harte Mark nicht verschenken, wie manche unken. Die Währungsunion soll die Spielregeln der deutschen Stabilitätspolitik übernehmen. Mit dem Mastrichter Vertragswerk glauben die Bonner Chef-Amateure ein Höchstmaß an Sicherheit erreicht zu haben.

Der Ecu, so hoffen die Ökonomen in Bonn und in der Frankfurter Bundesbank, werde so stabil sein wie die D-Mark und der inzwischen noch wertbeständigere französische Franc. Eine nach dem Vorbild der Bundesbank von politischen Weisungen unabhängige Zentralbank werde die Eurowährung knapp halten und keiner Regierung Kredite zur Finanzierung von Staatsdefiziten gewähren.

Ob am Ende wirklich eine unabhängige Institution die europäische Geldpolitik steuern wird, bezweifeln viele Mark-Anhänger. Für die Stabilität des Ecu ist das tatsächlich die entscheidende Frage.

Wie wichtig die Unabhängigkeit der Währungshüter ist, das haben gerade die Deutschen gelernt. Die Mark war nur hart nach dem Zweiten Weltkrieg. Das britische Pfund oder auch der französische Franc waren in diesem Jahrhundert deutlich erfolgreicher.

Nach dem Ersten Weltkrieg mußte in Deutschland eine Hyperinflation mit einem

Gewaltschnitt geschnitten werden: eine Billion Mark für eine Rentenmark. Für einen US-Dollar wurden vor dem Ersten Weltkrieg 4,20 Mark gezahlt, am 20. November 1923 aber 4,2 Billionen Mark.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, 1948, wurde wieder einmal mit einem Währungsschnitt der – diesmal diktatorisch geschaffene – Geldüberhang abgeschöpft. Das private Geldvermögen wurde auf weniger als ein Zehntel reduziert, um Waren- und Geldwirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen.



Währungsexperten Waigel, Schlesinger: Der Adler bleibt

Verglichen damit sind die Sünden, die einige EG-Partner immer noch mit der Geldpresse vollführen, sehr viel geringer. Dennoch zwingt der Eintritt in den Währungsverbund auch Länder wie Italien, den Staatshaushalt in Zukunft solide zu finanzieren.

Das angestrebte System einer gemeinsamen Währung und Stabilitätspolitik ist nach Ansicht des Staatssekretärs Köhler zuverlässig und funktionstüchtig: „Das hält so sicher wie ein Beinkleid mit Gürtel und Hosenträger.“

Die Unabhängigkeit der Zentralbank und die hohen Hürden für jeden Währungskandidaten bieten nach Ansicht Köhlers die Gewähr, daß der Ecu einen stabilen Start haben wird. Risiken bleiben dennoch.

Eifrig haben Ökonomen für die Brüsseler EG-Kommission die Vorteile zusammengetragen, die eine vereinte Währung den Europäern bringt. Für Tourist und Geschäftsmann, Verbraucher und Kaufmann, Bankier und Unternehmer entfallen Kosten und Risiken in beachtlichem Umfang.

Der europäische Verbraucherschutzverband etwa ließ in diesem Jahr einen Europäer mit 50 000 belgischen Francs in Brüssel starten. Nachdem der Mensch durch alle EG-Hauptstädte gereist war und in jeder sein Barvermögen in die jeweilige Währung umgetauscht hatte, beendete er seine Rundreise nur noch mit der Hälfte. Der Europäer erreichte sein Ziel Brüssel mit 25 241 Francs. Der Rest blieb in Europa hängen, allein durch Kursverluste und Gebühren.

In den Vereinigten Staaten kostet eine Überweisung von Küste zu Küste zwischen 20 und 50 Cent, die Buchung dauert zwei Tage. Eine Überweisung in Europa frisst zwölf Prozent des Betrages und dauert im Schnitt fünf Tage.

Allein bei den 220 Millionen grenzüberschreitenden Banküberweisungen jährlich ließen sich fast drei Milliarden Mark sparen. Insgesamt, so rechneten die Brüsseler vor, lassen sich die Europäer den Luxus verschiedener Währungen allein mindestens 30 Milliarden Mark Transfergelder jährlich kosten.

Dem Gewinn an Bequemlichkeit und der Ersparnis stehen Risiken gegenüber. In den sechziger Jahren, als international heftig darüber gestritten wurde, ob feste oder flexible Wechselkurse

dem Wohl der Menschheit mehr dienen würden, machten sich die Ökonomen auch Gedanken über die optimale Größe eines Währungsgebietes.

Die Empfehlung lautete: Am günstigsten wäre währungspolitische Kleinstaaterei. Eine wirtschaftlich schwache Region etwa wie der Süden Italiens sollte ihre eigene Lira haben, die gegenüber der starken Lira im Norden im Notfall abgewertet werden könnte.

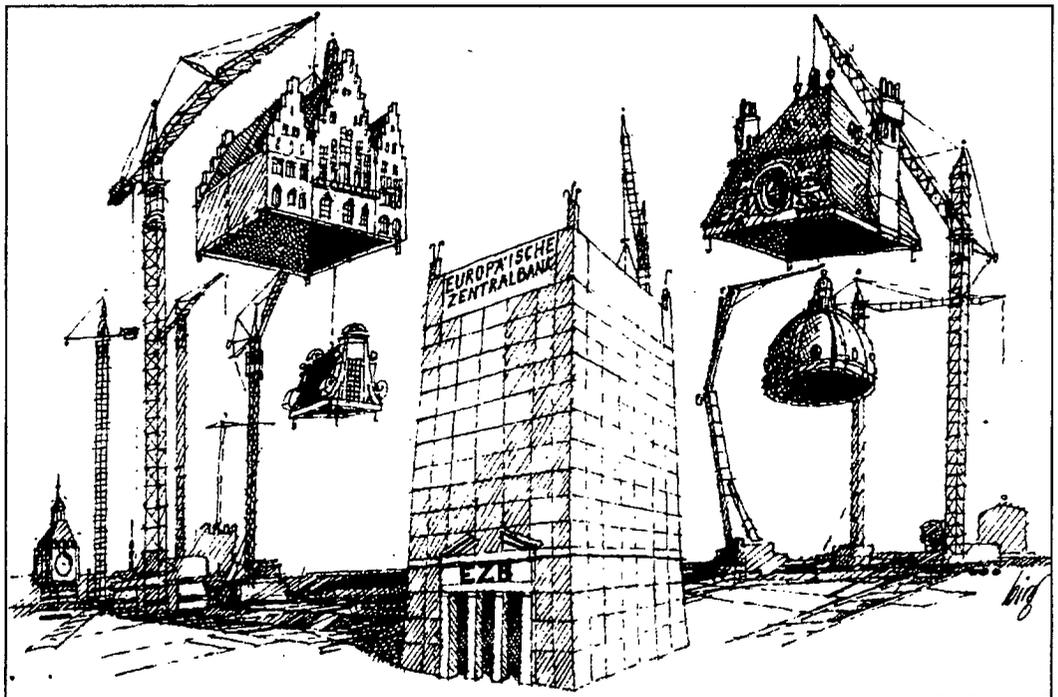
Die Theoretiker hatten freilich übersehen, daß eine Abwertung der eigenen Produkte beim Währungsnachbarn zwar billiger macht. Je kleiner das Währungsgebiet aber ist, desto größer ist auch der Bedarf an Importgütern, und die werden dann teurer.

Das Problem, das dahinter steckt, wird allerdings auch den geplanten großen Währungsverbund beschäftigen.

Für panische Angst, daß Griechen und Spanier, Italiener und Iren plötzlich, wenn sie erst mal am Ecu hängen, die reichen Deutschen ausrauben, besteht noch kein Anlaß. Soziale Unterschiede gibt es schon heute. Gleiche Lebensbedingungen, gleicher Wohlstand sind nicht unbedingt Voraussetzungen für eine einheitliche Währung.

Doch das Beispiel der sozialen Ungleichgewichte zeigt, wie dringend eine Währungsunion durch ein gemeinsames politisches Gerüst abgestützt werden muß. Auch in Deutschland oder Frankreich gibt es Forderungen nach Transferzahlungen, nach Unterstützung bedürftiger Regionen oder Branchen, in nahezu unbegrenzter Höhe.

Würde die Geldpolitik diesem Verlangen nachgeben, so wären sowohl D-Mark als auch Franc bald dort, wo die



Über allen Gipfeln ist Ecu

Süddeutsche Zeitung

Der endgültige Verzicht auf das Instrument der Wechselkursänderung, so warnt Bundesbanker Tietmeyer, schweißt eine „währungspolitische Risikogemeinschaft auf Gedeih und Verderb zusammen“. Der Puffer, mit Hilfe von Auf- oder Abwertungen die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Wirtschaft im Vergleich zum Nachbarn zu beeinflussen, entfällt.

Was passiert, so fragen die Ängstlichen, wenn irgendwo im währungsvereinten Europa plötzlich die Gewerkschaften verrückt spielen und exorbitante Löhne durchsetzen? Arbeitslosigkeit wird die Folge sein, die Arbeitnehmer müssen entweder in andere Gebiete abwandern oder aber mit Sozialleistungen aus dem EG-Topf bedient werden.

Mark 1948 war. Verteilungskonflikte müssen politisch, sie dürfen nicht mit der Geldpresse gelöst werden.

Letztlich könne eine Währungsunion nur dauerhaft „in einem staatsähnlichen politischen Verband“ bestehen, meint Tietmeyer. Wie dieser Verband aussehen könnte, wird auch nach dem Gipfeltreffen in Maastricht niemand wissen.

Doch mit dem für die künftige Währungsunion Erreichten sind Kohl und Außenminister Genscher zufrieden. „Wir haben unsere Stärke so eingebunden“, sagt Köhler, „daß die anderen sie verkraften können.“

Genscher aber spielt mal wieder den Eulenspiegel. Wer ein Auto erwartet hat, ist naturgemäß enttäuscht, wenn er ein Fahrrad erhält.